

Antrag vom 03.01.2023, OF 154/16

Betreff:

Der Stillstand im Magistrat muss endlich ein Ende haben - Schluss mit der Missachtung des Ortsbeirates

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, seine Beratungen zu den zahlreichen offenen Anregungen und Anfragen des Ortsbeirates 16 endlich zum Abschluss zu bringen und dem Ortsbeirat zeitnah die notwendigen Antworten zukommen zu lassen, bzw. die gewünschten Aufträge zu erledigen.

Begründung:

Gemäß § 4 Absatz 10 GOOBR hat der Magistrat dem Ortsbeirat innerhalb von zwölf Wochen eine Auskunft zu Anfragen und Anregungen des Ortsbeirates zu erteilen. Die Zahl der Anregungen und Anfragen des Ortsbeirates, zu denen Antworten des Magistrats noch ausstehen, hat inzwischen ein nicht mehr akzeptables Maß angenommen und stammen zum Teil von vor zwei Jahren. Ganz offensichtlich ist der Magistrat nicht fähig oder nicht willens, dem Ortsbeirat die gestellten Fragen zu beantworten bzw. die gewünschten Aufträge zu erledigen.

Dies stellt eine grobe Missachtung des Ortsbeirates dar und verletzt dessen Rechte. Ob dies an fehlender Einigkeit im Magistrat oder an der fehlenden Führung im Magistrat liegt, spielt für den Ortsbeirat keine Rolle. Beide Fälle führen zum Stillstand der Politik gegenüber dem Ortsbeirat und gegenüber den Menschen im Ortsbezirk. Damit muss Schluss sein. Der Stillstand im Magistrat muss endlich ein Ende haben.

Antragsteller:

CDU

Vertraulichkeit: Nein

Beratung im Ortsbeirat: 16

Beratungsergebnisse:

[17. Sitzung des OBR 16 am 17.01.2023](#), TO I, TOP 9

Die Vorlage OF 154/16 wird zum gemeinsamen Antrag von WBE; CDU, GRÜNE, FDP, LINKE. und BFF erklärt.

Beschluss:

Anregung [OA 308 2023](#)

Die Vorlage OF 154/16 wird mit der Maßgabe beschlossen, dass der dritte Satz des ersten Absatzes in der Begründung wie folgt geändert wird: "Der Magistrat wird gebeten, dem Ortsbeirat die gestellten Fragen zu beantworten bzw. die gewünschten Aufträge zu erledigen."

Abstimmung:

WBE, CDU, GRÜNE, FDP, LINKE und BFF gegen SPD (= Ablehnung)